



---

# Pressemitteilung

---

Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB), Diözesansekretariat,  
Postfach 449, 79004 Freiburg; Tel. 0761/5144228  
Email: [kab@seelsorgeamt-freiburg.de](mailto:kab@seelsorgeamt-freiburg.de); Web: [www.kab-freiburg.de](http://www.kab-freiburg.de)

---

## KAB sagt NEIN zu Sonntagsöffnung!

Freiburg, 21. Juli 2011. Der Diözesanvorstand der Katholischen Arbeitnehmer Bewegung (KAB) in Freiburg zeigt sich verwundert über die aufgekommene Debatte in Freiburg, aufgrund erwarteter Einnahmeverluste des Einzelhandels während des Papstbesuches im September, als Ausgleich einen Verkaufsoffenen Sonntag in Freiburg durchzuführen.

Der Vorstoß des Ersten Bürgermeisters Otto Neideck (CDU), aber auch die laut Presse zweideutige Reaktion von kirchenamtlicher Seite, ist für die Frauen und Männer des KAB-Diözesanvorstandes unverständlich und grenzt an eine Verhöhnung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Gerade hat das Deutsche Institut für Wirtschaft (DIW) festgestellt, dass die meisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, besonders die unteren Einkommensgruppen, in den letzten Jahren reale Lohnverluste von bis zu 20 Prozent hinnehmen mussten, da wird von Seiten der Politik ein Ausgleich für den Einzelhandel gefordert, weil angeblich während des Papstbesuches der Einzelhandel darunter leiden würde. Vielleicht sollte der Erste Bürgermeister gleich auch eine Sonderabgabe für Hotels fordern, da diese während des Papstbesuches satte Geschäfte machen. Außerdem bringen die Pilger der gesamten Stadt Freiburg und dem Umland kräftige Einnahmen, denn diese Menschen müssen auch versorgt werden.

Besonderes Unverständnis besteht aber auf der Seite der KAB darüber, dass von kirchlicher Seite diesem Ansinnen nicht sofort widersprochen wurde. Schließlich setzen sich seit Jahren die katholische und evangelische Kirche . und hier besonders die KAB . für den Erhalt des Sonntagsschutzes und für die Eindämmung der Verkaufsoffenen Sonntage im Land ein.

Die Diözesanvorsitzenden der KAB, Maria Baur und Herbert Schweizer, befürchten einen Dambruch, wenn aus diesem Anlass erstmalig in Freiburg ein Verkaufsoffener Sonntag genehmigt werden würde. Sehr selten nehmen Kommunen eine Genehmigung für einen Verkaufsoffenen Sonntag in den Folgejahren zurück. Es gäbe ständig Anlässe, Ausnahmegenehmigungen zu erteilen, wenn man einmal diesen Tabubruch begehe, so die KAB-Verantwortlichen.

Die KAB fordert die Politiker aller Parteien auf, der schleichenden Aushöhlung des verfassungsmäßigen Sonntagsschutzes entgegenzutreten und ein Zeichen der Solidarität mit den Beschäftigten im Einzelhandel zu setzen.

Eine Aushöhlung des Sonntagsschutzes, zerstört nach Meinung der KAB nicht nur das religiöse und gesellschaftliche Kulturgut des Sonntags, sondern in zunehmendem Maße auch Familienstrukturen und soziale Netzwerke, die unsere Gesellschaft dringend braucht.